

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 2

Artikel: Ist die SPS auf die Oppositionsrolle vorbereitet? : War die Wahlniederlage unvermeidlich?
Autor: Schlegel, Florian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340099>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gung, die sich alles gefallen lässt und sich nichts mehr zutraut, politisch nichts zu bestellen hat. Wenn wir uns jetzt politisch nicht so verhalten, dass wir den Freiraum und die Kraft gewinnen, unsere Lösungsvorschläge seriös zu erarbeiten und klar zu vertreten, dann nehmen wir unserer Bewegung die Regenerationskraft. Was aber schwerer wiegt: Ausgerechnet in einer schicksalsschweren Zeit würden wir die im Stich lassen, die wir zu vertreten hätten, ausgerechnet in dieser entscheidenden

Zeit würden wir darauf verzichten, uns aus dem immer stickiger werdenden Filz der «Politik der alten Männer», des nicht Sehen- und nicht Hören-Wollens zu lösen. Den sich zunehmend unbeweglicher, egoistischer und selbstherrlicher gebärdenden Vertretern der Macht in Wirtschaft und Politik muss im Interesse einer lebenswerten Schweiz eine unabhängige politische Kraft gegenübergestellt werden. Wir sollten uns dieser Aufgabe nicht entziehen.

Bundesrätin. Vor allem haben diese Kampagne und das zu hohe Mass an investiertem Prestige seitens der Parteispitze im Volk und in der SP Emotionen geweckt, die noch für lange Zeit Wunden hinterlassen.

Es ist mir klar, dass sich Bundesratswahlen nicht in der Dunkelkammer abspielen. Die Art und Weise aber, wie hier eine Person und deren Privatsphäre hemmungslos vermarktet wurden, geht nach meinem Geschmack entschieden zu weit. Die bittere Zeche der dadurch masslos angeheizten Stimmung hat nun die SP zu bezahlen.

Ist die SPS auf die Oppositionsrolle vorbereitet?

War die Wahlniederlage unvermeidlich?

Von Florian Schlegel

Es ist überhaupt keine Frage, dass die SP allen Grund hat, enttäuscht und verärgert zu sein. Die Nichtwahl der ausgewiesenen, überdurchschnittlich fähigen und keineswegs dem linken Flügel zuzurechnenden Lilian Uchtenhagen war eine schallende Ohrfeige. Die Machenschaften, die zu diesem Ergebnis geführt haben, gehören in die unterste Schublade eingereiht. Daran ist nichts zu deuten.

Oskar Reck — ein unverdächtig Zeuge — hat die Fingerfertigkeit der parlamentarischen Puppenspieler als einmalig würdelos bezeichnet. Er schreibt weiter: «Der verdeckte Rufmord, der im einen Fall versucht, im andern vollzogen wurde, war für Beobachter der bundespolitischen Szene ein niederschmetterndes Erlebnis. Es gibt nichts, aber auch gar nichts zu beschönigen.»

Trotz allem darf man die Fehler nicht nur bei den andern suchen. Bei einer klugeren, mehr

auf Verhandlungen statt auf Druck ausgerichteten Regie hätte man Lilian Uchtenhagen nach meinem Dafürhalten durchbringen können. Das zwar gutgemeinte, aber übertriebene und allzu gewagte Vorgehen der Parteispitze hat sich ohne jeden Zweifel kontraproduktiv ausgewirkt. Ein sehr düsteres Kapitel ist für mich die Tatsache, dass zwei Pressegiganten auf dem Rücken der Bundesratskandidatin eine für Bundesratswahlen einmalige Kampagne inszenierten. Beiden war es wohl ziemlich gleichgültig, ob Lilian Uchtenhagen schliesslich gewählt würde. Entscheidend war vielmehr der «Verkaufsschlager» Uchtenhagen. Diese grossangelegte Pressekampagne und die daraus entstandenen weiteren Aktivitäten, die von der SP nicht mehr zu kontrollieren waren, haben sich auf das Parlament nochmals negativ ausgewirkt. Man fürchtete in den andern Fraktionen eine zu populäre SP-

Grund zum Aussteigen?

Ist die Nichtwahl von Lilian Uchtenhagen nun Grund genug zum Austritt aus dem Bundesrat? Ausser dieser personalen Entscheidung gibt es dafür keinen einzigen Grund mehr als vor dem 7. Dezember 1983. Dass das Regieren schwieriger geworden ist, dass die Verteilungskämpfe härter geworden sind, dass sich die parteipolitische Polarisierung verschärft hat und dass die Konkordanz unter allen diesen Vorzeichen brüchiger geworden ist, wissen wir schon seit geraumer Zeit. Und trotzdem hat die SPS die Regierungsbeteiligung erst 1979 letztmals ausdrücklich und eindeutig bejaht. Sie ist auch im Zusammenhang mit der Beratung des neuen Parteiprogramms im November 1982 am Parteitag in Lugano nicht wieder in Frage gestellt worden.

*Opposition:
Traumrolle oder Alptraum?*

Was erwartet uns denn in der Opposition? Ist das bei unseren staatsrechtlichen Strukturen, die mit keinem anderen Land vergleichbar sind, tatsächlich eine Traumrolle? Leider ist der Bericht der Geschäftsleitung, der am Parteitag die Diskus-

sionsgrundlage bilden wird, gerade in diesem Punkt erbärmlich mager ausgefallen. Er enthält überhaupt keinerlei Vorstellungen und Perspektiven, die eine Oppositionsrolle attraktiv machen könnten.

Meines Erachtens hätte man Überlegungen anstellen müssen, ob unsere staatsrechtliche Organisation mit der Referendumsdemokratie und dem Zweikammersystem nicht längerfristig in Frage gestellt werden müsste, allenfalls in Richtung einer parlamentarischen Demokratie. Müsste man für den Einzug der Parteien ins Parlament nicht eine Hürde schaffen, um schliesslich beim Drei- oder Vierparteiensystem zu landen, das verschiedene Koalitionsmöglichkeiten eröffnen würde? Wie kann man die Oppositionspolitik mit einer viel zu wenig verbreiteten Presse im Volk überhaupt sichtbar und deutlich machen? Wenn sich die Opposition im wesentlichen auf Initiativ- und Referendungskämpfe konzentrieren muss, kostet das eine Unmenge Geld. Woher nehmen wir dieses Geld? Welche Auswirkungen hat die Oppositionsrolle im Bund auf die Regierungsbeteiligung in Kanton und Gemeinden? Wie steht es mit den Gewerkschaften? Können diese in die Oppositionsrolle eingebunden werden? Es gibt Länder in Europa, in denen eine Regierung über Gewerkschaftskämpfe gestürzt werden kann.

Über alle diese Fragen schweigt sich der Bericht aus. Ich gebe zu, dass hiefür die Zeit zu kurz war und dass es ein schwieriges Unterfangen ist, an unseren gewachsenen staatsrechtlichen Strukturen zu rütteln. Der Parteitag ist viel zu früh, zu überstürzt angesetzt worden. Bis zum ordentlichen Parteitag im Herbst 1984 hätte man eine gründlichere und seriösere Arbeit vorlegen können. Somit haben wir am 11./12. Februar

zu entscheiden, ob wir uns nun einfach verärgert und enttäuscht in den Schmollwinkel der Opposition zurückziehen wollen, um bald einmal festzustellen, dass wir noch weniger erreicht haben als bis anhin. Es wäre peinlich, in acht oder zwölf Jahren wieder um Einlass in die Gemächer des Bundesrates bitten zu müssen. Aus der Traumrolle könnte bald einmal ein Alptraum entstehen. Es ist ohnehin ungut, Entscheide von einer derartigen Tragweite in emotionaler Stimmung zu treffen.

Die Hoffnung, dass die SP in der Opposition zum Sammelbecken der Unzufriedenen, zum Treffpunkt aller möglichen Gruppen werden könnte, ist zum mindesten trügerisch. Die Tatsache, dass die schon vorhandenen Oppositionsparteien LdU, PdA und Poch seit Jahrzehnten mehr oder weniger an Ort treten oder gar rückläufig sind, sollte uns hellhörig machen. Die heutige Euphorie könnte bald einmal in einer Katerstimmung enden, zumal wir in den letzten Jahren schon in reichlichem Masse erfahren haben, wie schwer es ist, eine Partei, die aus vielen Gruppen und Grüppchen besteht, unter einen Hut zu bringen.

Zurzeit mehr Gründe für Verbleib

Demgegenüber gibt es — wie aus dem Arbeitspapier der Geschäftsleitung in eindrucklicher Weise hervorgeht — trotz allen gegenwärtigen Schwierigkeiten noch eine imponierende Zahl von Gründen, die für einen vorläufigen Verbleib im Bundesrat sprechen. Es würde zu weit führen, sie hier alle aufzuzählen. Aus eigener Erfahrung weiss ich aber, dass es sowohl als Departementsvorsteher wie als Mitglied einer Kollegialbehörde möglich ist, in der täglichen Arbeit sozialistisches Gedanken-

gut einzubringen und zu verwirklichen. Nicht in spektakulären Schritten, aber tropfenweise. Und jeder Tag ein Tropfen Sozialismus bringt dem einzelnen Menschen mehr als die zackigste Opposition, die sich im wesentlichen darauf beschränken muss, zu allem, was die Regierung bringt, nein zu sagen.

Es ist keine Frage, dass die Konkordanz in einer ernsten Bewährungsprobe steht. Bei jeder Partnerschaft kommt es aber gerade in schwierigen Zeiten darauf an, ob sie Bestand hat oder nicht und wie gross die Belastbarkeit der Partner ist. Solange man nach allen Seiten staatliche Leistungen verteilen konnte, war es nicht so schwierig, Kompromisse zu finden. Demgegenüber wird es unendlich viel schwieriger, wenn Opfer verteilt werden müssen. Das wird von vielen, die sich jetzt in Hochstimmung befinden, verkannt. In den nächsten Jahren geht es aber auch darum, die in Jahrzehnten erkämpften Positionen zu halten und zu verteidigen. Es entbehrt einer gewissen Logik, wenn man jetzt das Handtuch wirft, wo es darum geht, den von uns vertretenen sozialen Schichten den Besitzstand zu wahren. Der Kampf um diesen Besitzstand ist wirkungsvoller und erfolgreicher, wenn er auf allen Ebenen geführt wird.

Befristung der Bundesratsbeteiligung

Ich bin keineswegs ein bedingungsloser Anhänger der Regierungsbeteiligung. Wenn eine Zusammenarbeit überhaupt nicht mehr möglich ist, muss sie zwangsläufig aufgekündigt werden. Auseinandersetzungen und Niederlagen müssen von den Partnern hingenommen werden, nicht aber Demütigungen. Für mich ist heute der Zeitpunkt des Austritts noch nicht

gekommen, denn wie gesagt, haben sich die Verhältnisse gegenüber dem letzten Herbst ausser der Wahl des Sozialdemokraten Otto Stich anstelle der Sozialdemokratin Lilian Uchtenhagen überhaupt nicht verändert. Niemand kann für sich in Anspruch nehmen, der einzig richtige und wahre Sozialdemokrat zu sein. Dazu kommt, dass Bundesräte noch nie geboren wurden, sondern stets mit dem Amt wachsen müssen.

Unter den Regierungspartnern muss aber nun ernsthaft und deutlich gesprochen werden. Im bisherigen Stil kann es nicht weitergehen. Gegen Ende der laufenden Legislaturperiode sollte an einem Parteitag Bilanz über das Erreichte und das Nichterreichte gezogen und endgültig über Austritt oder Verbleib im Bundesrat entschieden werden. Aus diesen Grün-

den plädiere ich heute für einen bis 1987 befristeten Verbleib im Bundesrat.

Somit kann die Frage des allfälligen Austritts aus dem Bundesrat mit Sachentscheidungen gekoppelt und nicht allein von personalen Fragen abhängig gemacht werden. Ich erinnere nochmals daran, dass bis zu den Ausmarchungen um die Bundesratswahlen niemand in unserer Partei ernsthaft von einem Rückzug aus dem Bundesrat gesprochen hat. Eine aus Parlamentariern und Nichtparlamentariern zusammengesetzte Kommission müsste unverzüglich die Konfliktstellen der Konkordanz auflisten und Vorschläge für deren Behebung machen, worauf mit den andern Regierungspartnern in Verhandlungen getreten werden könnte. Für mich ist klar, dass man bei unserem System im Gegensatz zum Koalitionsbündnis nicht eigentliche Bedingungen

stellen kann. Die gleiche Kommission hätte während der laufenden Legislaturperiode Bilanz über Erfolge und Misserfolge zu führen und dem Parteitag 1987 Bericht zu erstatten. Gleichzeitig sollte man Überlegungen über eine Attraktivierung der Oppositionsrolle anstellen, um dannzumal besser gewappnet zu sein als heute.

Vielleicht müsste man sich auch einmal überlegen, ob nicht eine Art Ehrenkodex geschaffen werden könnte, nach dem kein Sozialdemokrat gegen den offiziellen Kandidaten eine Wahl annimmt. Den Bürgerlichen bliebe dann nichts anderes übrig, als den offiziellen Kandidaten zu wählen oder uns aus dem Bundesrat hinauszukatapultieren. Was zu Beginn der sozialdemokratischen Bundesratsbeteiligung möglich war, sollte eigentlich auch heute möglich sein.

Seit 1968 gefordert: Oppositionskonzept

1929 – 1984

Von Josef Zwicker

Die jetzigen Befürworter der Bundesratsbeteiligung kann man nach zwei Haltungen unterscheiden: Jene, die der Ansicht sind, das Dabeisein sei soviel wert, dass die negativen Auswirkungen der Beteiligung nicht oder kaum ins Gewicht fallen. Sie sind «hundertprozentig» oder «selbstverständlich» dafür. Man könnte sie die Unbedingten nennen. Die andern sind fürs Dabeisein unter Bedingungen. Sie nehmen 1. an, die Bedingungen seien im Januar 1984 noch soweit erfüllt, dass die SP zumindest bis 1987 im Bundesrat bleiben könne. Sie wollen 2. ihre Bedingungen etwas verschärfen und 3.

1987 über allfällige Massnahmen, d.h. über Sanktionen entscheiden.

Zu 1.

a) Diese Auffassung ist insofern recht genügsam, als die formalen und die inhaltlichen Bedingungen schon in den Jahrzehnten bis 1983 ziemlich weit gesenkt worden sind. Die Einschränkungen durch das Kollegialprinzip z.B. hat man viel weitergehend geduldet, als es in der Absicht der Urväter der sozialdemokratischen Bundesratsbeteiligung lag. «Der sozialdemokratische Bundesrat könnte in der Volksabstimmung gegen Gesetze, die der

Bundesrat beantragt hätte, ebensogut Stellung nehmen, wie der sozialdemokratische Nationalrat gegen solche, die der Nationalrat beschlossen hat» (Robert Bratschi, Rote Revue 9, 1929, S. 68f.). Das bürgerliche Diktat bei der Bestimmung der Kandidaten wurde widerstandslos hingenommen, als es sich die eifrigsten Befürworter der Beteiligung 1929 und 1943 ausmalen konnten. (Vgl. Basler Nachrichten, Beilage 2.12.1929, Nr. 329, und Ernst Nobs in Rote Revue 9, 1929/30, S. 147f., sowie die Resolution des Parteivorstandes vom 27.11.1943: Die SPS «bestimmt die Vorschläge für ihre Vertretung im Bundesrat selbstständig und lehnt jede Einmischung anderer Parteien in dieser Frage ab».)

Parallel dazu — und wohl nicht ganz unbeeinflusst durch die Fixierung auf die Bundesratsbeteiligung — erfolgten teils ver-